



Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, 11055 Berlin

Herrn
Andreas Bleck MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Postaustausch

Florian Pronold

Parlamentarischer Staatssekretär
Mitglied des Deutschen Bundestages

TEL +49 3018 305-2040

FAX +49 3018 305-2049

florian.pronold@bmu.bund.de

www.bmu.bund.de

Berlin, 8. April 2020

Sehr geehrter Herr Kollege,

Ihre Schriftlichen Fragen mit den Arbeitsnummern 03/516, 03/517 und 03/518 vom 31. März 2020 (Eingang im Bundeskanzleramt am 01. April 2020) beantworte ich wie folgt:

Frage 03/516

Welche konkreten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Wirksamkeit einer Erhöhung der Schornsteine bei kleinen und mittleren Feuerungsanlagen auf die Reduzierung der Feinstaubbelastung

(<https://www.welt.de/wirtschaft/plus188139197/Holzoefen-Riesenschornsteine-gegen-den-Reichenfeinstaub.html>)?

Antwort

Kleine und mittlere Feuerungsanlagen sind nicht genehmigungsbedürftige Anlagen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG). Solche Anlagen sind gemäß § 22 BImSchG so zu errichten und zu betreiben, dass schädliche Umwelteinwirkungen mit Maßnahmen nach dem Stand der Technik zu vermeiden oder zumindest auf ein Mindestmaß zu beschränken



Seite 2

sind. Die technischen Anforderungen der Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen (Erste Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes; 1. BImSchV) umfassen für Festbrennstofffeuerungen (Holz- und Kohlebrennstoffe) kleiner 1 Megawatt Feuerungswärmeleistung auch Ableitbedingungen (Höhe und Position der Schornsteinmündung). Es werden Vorgaben gemacht, die sowohl den ungestörten Abtransport der Abgase mit der freien Luftströmung, als auch die ausreichende Verdünnung gewährleisten sollen.

Eine verbesserte Ausführung der Abgasableitung von Festbrennstofffeuerungen trägt zu einer Verringerung der Belastung der Luftqualität durch Feinstaub und andere Schadstoffe bei. Die Verringerung der Gesamtmenge an Schadstoffemissionen kann dadurch nicht erreicht werden. Hier können nur verbesserte Verbrennungsbedingungen in der Feuerungsanlage selbst sowie geeignete Emissionsminderungseinrichtungen Abhilfe schaffen.

Frage 03/517

Teilt die Bundesregierung die Forderung der Landesregierungen, die Vorgaben der 1. Bundesimmissionsschutzverordnung so zu ändern, dass Schornsteine bei neu installierten oder wesentlich geänderten kleinen und mittleren Feuerungsanlagen den First um mindestens 40 cm überragen müssen (https://www.focus.de/immobilien/wohnen/ableitbedingungen-fuer-ka-minoefen-regierung-will-neue-regeln-fuer-schornsteine-in-wohnaeusern_id_11518599.html)?





Seite 3

Antwort

Die Änderung der Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen (Erste Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutz-gesetzes; 1. BImSchV) befindet sich derzeit noch in der internen Abstimmung. Im Zuge der Anhörung der beteiligten Kreise nach § 51 BImSchG wird der Referentenentwurf auf der Homepage des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit zu gegebener Zeit veröffentlicht werden.

Frage 03/518

Wie möchte die Bundesregierung verhindern, dass Besitzer von kleinen und mittlere Feuerungsanlagen wegen der möglicherweise daraus resultierenden Kosten auf eine Modernisierung verzichten oder sogar auf fossile Energieträger umsteigen?

Antwort

Wie in der Antwort zu Frage 03/517 bereits beschrieben, befindet sich die Bundesregierung noch in der internen Diskussion zur Ausgestaltung einer möglichen Neuregelung der Ableitbedingungen für Festbrennstofffeuerungen kleiner 1 Megawatt Feuerungswärmeleistung. Einschätzungen zu Reaktionen bzw. Verhaltensweisen der möglicherweise betroffenen Bürgerinnen und Bürger können daher zum aktuellen Zeitpunkt nicht abgegeben werden.

Mit freundlichen Grüßen

